



PRESSE

PRESSEMITTEILUNGEN

20. JUNI 2014 - PRESSE

kfd lehnt organisierte Beihilfe zum Suizid entschieden ab. Katholische Frauengemeinschaft drängt auf Ausbau von Palliativmedizin und Hospizarbeit

Einstimmig sprach sich jetzt die Bundesversammlung der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), die noch bis zum 21. Juni 2014 in Mainz tagt, gegen jede Form der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung aus. Stattdessen fordern die rund 110 Delegierten, dass der seit der Gesundheitsreform im Jahr 2007 gesetzlich verankerte Rechtsanspruch auf eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung sowie stationäre und ambulante Hospizleistungen endlich umgesetzt wird.

"Der vermehrte Ruf nach der Legalisierung der Beihilfe zur Selbsttötung ist nicht selten der Ausdruck der Angst vor Schmerzen und Einsamkeit am Lebensende. Auch die Überforderung der Angehörigen im Umgang mit dem Tod spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Dieser Tendenz wollen wir eine neue Kultur der Sterbebegleitung entgegensetzen", erklärt Maria Theresia Opladen, Bundesvorsitzende der kfd. Dafür bedürfe es jedoch eines gesetzlichen Umdenkungsprozesses, bei dem das Sterben nicht ausgeblendet, sondern als Teil des Lebens betrachtet werde. Darüber hinaus sei eine gemeinschaftliche Anstrengung bei der Verbesserung der Begleitung Sterbender erforderlich, so Opladen weiter.

Zwar bieten die jetzigen rechtlichen Rahmenbedingungen der Palliativmedizin vielfältige

Möglichkeiten, am Lebensende gut begleitet und ohne Schmerzen zu sein. Dennoch stehen in der Praxis nicht genügend geschulte Mediziner und Pflegekräfte sowie Einrichtungen zur Verfügung, um dem Rechtsanspruch der Betroffenen einzulösen. "Jede Form der gesellschaftlichen Akzeptanz und der Legalisierung aktiver Sterbehilfe oder auch Beihilfe zur Selbsttötung kann sich in dieser Situation schnell vom nachvollziehbaren Wunsch nach Selbstbestimmung am Lebensende in gesellschaftlichen Druck zur Selbsttötung verkehren", gibt Opladen zu bedenken. In diese Richtung weisen auch zahlreiche Berichte aus europäischen Nachbarländern, in denen Beihilfe zum Suizid selbst bei Minderjährigen erlaubt ist.

Daher setzt sich die kfd dafür ein, dass die unabdingbare Würde des Menschen auch über den Tod hinaus gewahrt bleibt. Der Verband wirbt dafür, sich aktiv mit dem Sterben auseinanderzusetzen und von den Möglichkeiten einer Patientenverfügung oder einer Vorsorgevollmacht für Angehörige Gebrauch zu machen. Denn diese können am Lebensende für eine Entscheidung zugunsten einer passiven Sterbehilfe, wie dem Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen, richtungsweisend sein.

Hintergrund:

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ist mit über einer halben Million Mitgliedern der größte katholische Verband und eine der größten Frauenorganisationen in der Bundesrepublik. Sie setzt sich für die Interessen von Frauen in Kirche, Politik und Gesellschaft ein. Weitere Informationen unter www.kfd.de

KONTAKT

Saskia Bellem

Pressesprecherin

Telefon: 0211 44992-25

Mobil: 0172 8718544

saskia.bellem@kfd.de